

Deutschland ist ein geteiltes Einwanderungsland!

In Deutschland leben rund 10,6 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Während man mehr als die 10 Millionen vor dem Komma in den westdeutschen Ländern und in Berlin antrifft, sind es nicht einmal die vollen 0,6 Millionen nach dem Komma, die sich auf die ostdeutschen Ländern verteilen. Anders ausgedrückt: von 1.000 Menschen, denen man in Westdeutschland und Berlin begegnet, können 164 in einer anderen Sprache grüßen. Von 1.000 Menschen in Ostdeutschland, können dies gerade einmal 47. Während also die 16,4% nicht-deutscher Menschen in Westdeutschland und Berlin der Realität eines Einwanderungslandes schon recht nahe kommen, sind die 4,7% in Ostdeutschland sehr weit davon entfernt.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015 ausrief, „Deutschland ist ein Einwanderungsland“, kann sie damit also nur die westlichen Länder der Bundesrepublik sowie Berlin gemeint haben. Denn was Migration betrifft, ist Deutschland auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nach wie vor ein geteiltes Land.

Zwei unterschiedliche Geschichten der Zuwanderung

Die historischen Gründe dafür lassen sich in den unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichten während der deutschen Teilung finden. Mit der Anwerbung von Gastarbeiter*innen aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei in den 1950er Jahren begann in der Bundesrepublik Deutschland die Geschichte der Zuwanderung und setzt sich seitdem stetig fort.

In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen spielte Zuwanderung kaum eine Rolle. Lediglich Studierende und Vertragsarbeiter*innen u.a. aus Vietnam, Polen, Mosambik, der Sowjetunion und Kuba kamen in geringer Zahl und lebten, staatlich verordnet, weitestgehend segregiert. Erst als sich 1990 beide Staaten wiedervereinigten, wanderten die neuen Migrant*innen, vornehmlich Spätaussiedler aus ehemaligen Sowjetstaaten sowie Flüchtlinge infolge des Jugoslawienkrieges, auch in größerer Zahl nach Ostdeutschland ein. Der Asylkompromiss von 1992 sowie die Anwendung des Königssteiner Schlüssels auf die Verteilung von Flüchtlingen brachten die Migration wieder weitestgehend zum Stillstand. Wirtschaftliche Anreize hatten (und haben) die ostdeutschen Länder im Vergleich zu den westdeutschen auch kaum zu bieten, so dass bis weit in die 2000er Jahre hinein nicht einmal 200.000 Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit in den ostdeutschen Bundesländern lebten - im Vergleich zu rund 6,3 Millionen in den westdeutschen und Berlin. Wirklich nennenswerte Zuwanderung in die ostdeutschen Länder findet praktisch erst seit 2015 statt, als viele Menschen nach Deutschland flüchten mussten.

Nicht zu viele, sondern zu wenige Menschen

Ohne die neuere Zuwanderung wären die in Ostdeutschland lebenden Menschen auch in den letzten Jahren immer weniger geworden. Denn der demografische Wandel trifft die ostdeutschen Länder besonders schwer. So wird 2045 der Anteil junger Menschen unter 20 sowie der Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren im Bundesvergleich am geringsten, der an Menschen über 64 Jahren hingegen am höchsten ausfallen. Müssen in den westdeutschen Ländern und Berlin 2045 im Schnitt 48 Menschen die Rente von 52 Personen erarbeiten, müssen dies in den ostdeutschen Ländern 31 für 69. Das Boot ist hier also nicht voll, sondern wird immer leerer. Zuwanderer sollten in Ostdeutschland nicht zähneknirschend geduldet, sondern herzlich willkommen geheißen werden.

„Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“

Das genaue Gegenteil jedoch ist der Fall. Während es statistisch gesehen auf der Karte Deutschlands bezüglich des Migrant*innenanteils im Osten sehr hell ist, wird es beim Anteil rechtsextremer Straftaten im Osten sehr dunkel. Obwohl in den ostdeutschen Ländern die mit Abstand wenigsten Menschen mit Migrationshintergrund leben, finden dort die mit Abstand häufigsten fremdenfeindlichen Übergriffe statt. Hessen, wo die verhältnismäßig meisten Menschen nicht-deutscher Herkunft leben, weist nach dem Saarland den zweitgeringsten Prozentsatz fremdenfeindlicher Straftaten auf. Brandenburg, wo die verhältnismäßig wenigsten Menschen nicht-deutscher Herkunft leben, den höchsten. Das Risiko, als Migrant*in Opfer einer fremdenfeindlichen Straftat zu werden, war 2015 in Brandenburg unglaubliche 13 mal höher, als in Hessen.

Das Phänomen der „Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer“ ist seit langem bekannt. Dennoch gewinnen vor allem in Ostdeutschland die Rechten wieder stark an Zulauf. Die Ergebnisse der letzten Wahlen und aktuellen Umfragen, ob im Land oder der Kommune, sprechen diesbezüglich eine klare Sprache. Distanzieren sich die Politiker demokratischer Parteien in Westdeutschland klar von denen der Rechten, nähern sie sich in Ostdeutschland mitunter sogar an. Wenigen Menschen mit Migrationsgeschichte, stehen vielen mit Hang zu Ressentiments bis hin zu Ablehnung und Menschenfeindlichkeit gegenüber. Das ist die Situation, die wir in den ostdeutschen Ländern vorfinden.

Es wird mehr über als mit Migrant*innen gesprochen

Der im Zuge des Integrationsgipfelprozesses ab 2006 formulierte Anspruch der Bundesregierung, mehr mit als über Migrant*innen zu reden, lässt sich für die ostdeutschen Länder kaum einlösen. Wie auch? Existieren in den westdeutschen Ländern und Berlin mittlerweile eine Vielzahl professionell aufgestellter und von Politik und Verwaltung anerkannter Migrant*innenorganisationen, muss man diese in Ostdeutschland suchen.

2012 waren beim Bundesverwaltungsamt rund 10.400 „Ausländervereine“, also Vereine, die von Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit gegründet wurden, registriert. Davon sind gerade mal rund 200 in Ostdeutschland ansässig. Mit Ausnahme einzelner etablierter Organisationen, arbeiten alle ehrenamtlich und auf kommunaler Ebene. Dort werden sie eher weniger als mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen, wobei ihnen in der Regel nur eine symbolische Funktion zukommt und aufgrund fehlender Ressourcen oftmals auch nur zukommen kann. Die Formen der Repräsentation, die Migrant*innen in Ostdeutschland zugestanden werden, beschränken sich immer noch weitestgehend auf Folklore („Trommeln, Tanzen, Singen“) und Kulinarik („Vielfalt auf der Speisekarte“). An professionell aufgestellten, ressourcentechnisch gut ausgestatteten und empowernten Migrant*innenorganisationen, mangelt es in Ostdeutschland, weshalb in Politik und Verwaltung nach wie vor mehrheitlich über anstatt mit Migrant*innen geredet wird.

Situation anerkennen und gemeinsam Maßnahmen entwickeln

Als Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) fordern wir, dass die Unterschiedlichkeit der Einwanderungssituationen sowie deren Auswirkungen endlich gebührend anerkannt werden. Dies muss den Startpunkt bilden, um gemeinsam wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von in den ostdeutschen Ländern lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu erarbeiten. Damit Deutschland die längste Zeit ein geteiltes Einwanderungsland gewesen ist.